

Weiss



An den Landtagswahlen 2025 können politischer Stillstand durchbrochen und Chancen für ein soziales, demokratisches und ökologisches Liechtenstein geschaffen werden. Wir sind bereit, das anzugehen.

Freie Liste

Fürst-Franz-Josef-Strasse 5
9490 Vaduz
T +423 231 17 31
info@freieliste.li
www.freieliste.li
www.instagram.com/freieliste

Impressum

Magazin der Freien Liste, © 2024
Verantwortlich für den Inhalt Freie Liste
Gestaltung Tandem Est., tandem-studio.cc, Vaduz
Druck Somedia AG, Chur
Fotografie: Martin Walser, Vaduz;
Close up AG, Triesen
Auflage 22'018 Exemplare

Liebe Leser:innen

Das Jahr 2025 steht vor der Tür, die Gründung der Freien Liste jährt sich damit zum vierzigsten Mal. Die Überzeugung, dass Liechtenstein mehr kann als den Status Quo, war damals wie heute die treibende Kraft für politisches Engagement. Auch in der nächsten Legislatur wollen wir Stillstand durchbrechen und Chancen schaffen – für ein soziales, demokratisches und ökologisches Liechtenstein.

Entscheidend dafür sind die Landtagswahlen am 9. Februar 2025. Mit Benjamin Risch, Gustav Kaufmann, Manuela Haldner-Schierscher, Samuel Schurte, Stefan Sprenger, Patrick Risch, Sandra Fausch, Valentin Ritter und mir, Tatjana As'Ad, schicken wir ein hochmotiviertes und vielfältiges Team ins Rennen. Die Beiträge dieser Ausgabe geben einen Einblick in die Visionen und Lösungsansätze unserer Kandidat:innen. Während sich Hintergründe, Erfahrungswerte und Fokusthemen unterscheiden, wird die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und Veränderung voranzutreiben, von allen geteilt. Für uns ist klar: Die grossen Herausforderungen unserer Zeit erfordern die Zusammenarbeit vieler. Dafür brauchen wir jede Hand und jede Stimme. Für jede Form der Unterstützung bedanken wir uns im Voraus.

Für weitere Informationen zu unseren Kandidat:innen und darüber, wofür sich die Freie Liste in der kommenden Legislatur einsetzen wird, verweise ich gerne auf www.waehrt-fl.li.

Herzliche Grüsse

Tatjana As'Ad

Co-Geschäftsstellenleiterin der Freien Liste

Unsere Kandidat:innen im Fokus



S. 6

Neues Jahr,
höhere Prämien

Benjamin Risch

Landtagskandidat Oberland



S. 8

Rentenalter: Länger
arbeiten heisst
nicht mehr arbeiten!

Gustav Kaufmann

Landtagskandidat Oberland



S. 10

Die Zukunft ist
menschlich

Manuela Haldner-Schierscher

Landtagskandidatin Oberland



S. 12

Ungleichheit ist
politisch – sie zu durch-
brechen aber auch

Samuel Schurte

Landtagskandidat Oberland



S. 14

Hängt das Porträt der Landtagspräsidentin auf Schloss Vaduz?

Stefan Sprenger

Landtagskandidat Oberland



S. 16

Häsch Böda?

Tatjana As'Ad

Landtagskandidatin Oberland



S. 18

Vom Nicht-Wollen

Patrick Risch

Landtagskandidat Unterland

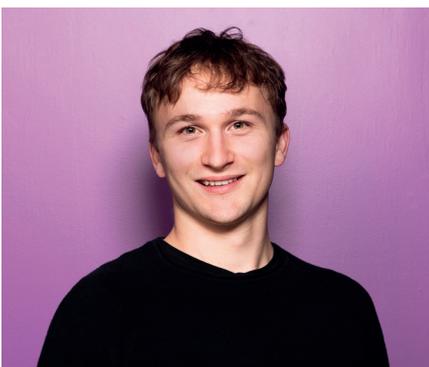


S. 20

Landwirtschaft und Ernährung: Ein entscheidendes Tandem

Sandra Fausch

Landtagskandidatin Unterland



S. 22

Raus aus dem verkehrspolitischen Mittelalter!

Valentin Ritter

Landtagskandidat Unterland

Neues Jahr, höhere Prämien

Benjamin Risch

Landtagskandidat Oberland

Kaum eine Konstante ist so verlässlich wie die jährliche Prämienhöhung in der obligatorischen Kranken- und Pflegeversicherung (OKP). In den letzten fünf Jahren stiegen die Prämien für die Versicherten um bis zu über 4 Prozent jährlich. Das Ministerium für Gesellschaft stellt fest, dass bis Anfang Oktober bereits mehr Gesuche um Prämienverbilligung eingegangen sind als im Vorjahr. Diese Entwicklung zeigt: Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Warum wird die OKP teurer?

Die Prämien der obligatorischen Kranken- und Pflegeversicherung steigen in Liechtenstein kontinuierlich an, was vor allem auf die steigenden Gesundheitskosten zurückzuführen ist. Der medizinische Fortschritt ermöglicht zwar bessere Behandlungen, trägt aber durch die Einführung innovativer Medikamente wesentlich zum Anstieg der Gesundheitskosten bei. Verstärkt wird diese Entwicklung durch den hohen Anteil

teurer Originalpräparate, da Generika, die eine kostengünstigere Alternative darstellen könnten, seltener verschrieben werden. Hinzu kommen administrative Ineffizienzen und steigende Kosten für Löhne und Infrastruktur im Gesundheitswesen.

Warum ist das ein Problem?

Die steigenden Prämien der obligatorischen Kranken- und Pflegeversicherung in Liechtenstein belasten die Haushal-

te zusätzlich zu den anderen steigenden Lebenshaltungskosten. Während die Gesundheitskosten und damit die Prämien stetig steigen, belasten Faktoren wie höhere Energiepreise, teurere Lebensmittel und steigende Mieten das Budget vieler Menschen. Verschärft wird diese Entwicklung durch die Inflation, die die Kaufkraft schmälert, während die Löhne und Renten in vielen Fällen nicht im gleichen Masse steigen, so dass die Realeinkommen sinken. Dass dies für viele Haushalte ein

Problem darstellt, zeigt die Zahl der Anträge auf Prämienverbilligung. Bereits Anfang Oktober haben rund 6200 Personen einen Antrag auf Prämienverbilligung gestellt, um die stetig steigenden Kosten zu bewältigen. Dies entspricht einer Zunahme von rund 17 Prozent gegenüber 2023.

Wie kann dem entgegengewirkt werden?

Hausärzt:innen-Modell: Ein Hausärzt:innen-Modell, das in Liechtenstein vor rund 20 Jahren leider abgeschafft wurde, könnte ebenfalls grosse Vorteile bringen. In diesem Modell übernimmt der Hausarzt die Koordination der Gesundheitsversorgung und fungiert als zentrale Anlaufstelle für alle medizinischen Fragen. Durch die Vermeidung unnötiger Facharztbesuche und den effizienteren Einsatz von Ressourcen könnten die Gesundheitskosten deutlich gesenkt werden. Angesichts der steigenden Gesundheitsausgaben in Liechtenstein könnte dieses Modell dazu beitragen, das Gesundheitssystem zu entlasten und gleichzeitig die Qualität der Versorgung und die Patientenbindung zu verbessern.

Generika: Eine zentrale Strategie wäre der verstärkte Einsatz von Generika. Diese sind bei gleicher Wirksamkeit oft deutlich günstiger als Originalpräparate. Schätzungen gehen davon aus, dass durch eine häufigere Verschreibung rund eine Million Franken pro Jahr eingespart werden könnten. Eine weitere Möglichkeit ist die Einführung eines Referenzpreissystems, wie es in vielen europäischen Ländern bereits üblich ist. Schliesslich darf die Gewinnmaximierung der Pharmafirmen nicht auf dem Buckel der Steuerzahler:innen resp. OKP-Zahler:innen erfolgen. Durch gemeinsame Einkäufe und Preisverhandlungen könnte Liechtenstein von seinen Nachbarländern profitieren, insbesondere bei häufig verwendeten Medikamenten. Zudem könnten Parallelimporte aus anderen EU-Märkten gesetzlich erleichtert werden, um die Preisdifferenz weiter zu verringern.

Technologischer Fortschritt: Digitale Lösungen bieten ein erhebliches Potenzial zur Kostensenkung und Verbesserung der Gesundheitsversorgung. Technologien wie elektronische Patient:innen-Akten, Telemedizin und KI-gestützte Diagnostik können ineffiziente Prozesse minimieren, die

Prävention fördern und den Zugang zur Gesundheitsversorgung erleichtern. Ein elektronischer Medikationsplan könnte beispielsweise Doppelverordnungen vermeiden und durch intelligente Vorschläge kostengünstigere Alternativen vorschlagen und so den Arzneimittelverbrauch insgesamt optimieren. Darüber hinaus würde die digitale Transformation Transparenz schaffen und den Zugang zu verlässlichen Daten erleichtern, was sowohl die Effizienz des Systems erhöhen als auch das Vertrauen der Patientinnen und Patienten stärken könnte.

Studien aus Deutschland schätzen, dass eine konsequente digitale Transformation des Gesundheitswesens jährliche Einsparungen von bis zu 34 Milliarden Franken ermöglichen würden. Wenn man diese Zahl auf Liechtenstein herunterbrechen könnten ca. 1 Million eingespart werden. Diese Einsparungen ergeben sich aus der Reduktion von Verwaltungskosten, der Vermeidung unnötiger Behandlungen und der effizienteren Nutzung von Ressourcen durch Big-Data-Analysen und KI. Für Liechtenstein, das eng mit der Schweiz verbunden ist, könnte die (Weiter-)Entwicklung des elektronischen Gesundheitsdossiers (eID) die Verwaltungskosten senken und gleichzeitig die Behandlungsqualität verbessern. Zudem könnte die Telemedizin, insbesondere in Zusammenarbeit mit der Schweiz, den Zugang zu Spezialisten erleichtern, Reisekosten minimieren und Wartezeiten verkürzen.

Prävention: Neben den direkten Ansätzen zur Kostensenkung spielt die Prävention eine entscheidende Rolle. Gesundheitsfördernde Massnahmen wie Programme zur Reduktion chronischer Erkrankungen und zur Förderung eines gesunden Lebensstils können langfristig den Bedarf an teuren Medikamenten und Behandlungen reduzieren. In der D-A-CH-Region haben präventive Initiativen nachweislich zu erheblichen Kosteneinsparungen geführt. Diese Programme, unterstützt durch gesetzliche Regelungen, fördern die Umsetzung in Schulen und Betrieben und tragen zur Stärkung der Krankheitsprävention bei. Schätzungen zeigen, dass durch solche Massnahmen jährlich mehrere Millionen Franken eingespart werden können. Denn weniger Krankheitsfälle bedeuten weniger Kosten.

Call to Action

Insgesamt zeigt sich, dass Liechtenstein durch eine geschickte Kombination von bewährten Strategien zur Förderung von Generika, einer verstärkten Kooperation mit den Nachbarländern und dem Einsatz digitaler Lösungen erhebliche Einsparungen bei den Medikamentenkosten erzielen könnte. Diese Massnahmen, ergänzt durch gezielte Prävention und gesetzliche Anpassungen, haben das Potenzial, nicht nur die finanzielle Belastung des Gesundheitssystems zu reduzieren, sondern auch die Versorgungssicherheit und die Lebensqualität der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern. Dazu bedarf es nun konsequenter Vorschläge seitens der Politik, um die Qualität der Gesundheitsversorgung für alle Liechtensteiner zu sichern.

Benjamin Risch
Landtagskandidat Oberland



Benjamin leitet eine Praxis für Physiotherapie und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Kliniken Valens. Sein Wissen und die praktische Erfahrung möchte er nutzen und sich auch politisch für ein sozial und wirtschaftlich tragfähiges Gesundheitssystem einsetzen.

Rentenalter: Länger arbeiten heisst nicht mehr arbeiten!

Gustav Kaufmann

Landtagskandidat Oberland

Die AHV muss «enkeltauglich» bleiben. Treffender als der damalige Abgeordnete Manfred Batliner kann man es nicht sagen. Ich bin für das Rentenalter 66, weil ich gegen das Rentenalter 67 bin. Länger arbeiten zu müssen, heisst aber noch lange nicht, mehr arbeiten zu müssen. Das Rentenalter 66 muss verbunden sein mit weniger wöchentlicher Arbeitszeit oder mehr Ferien. Das ist möglich. Ich durfte es in meinem Unternehmen umsetzen.

Man muss das Rentenalter 66 nicht wollen, es reicht, wenn man verstanden hat, dass wir aus erfreulichen Gründen nicht darum herumkommen. Die erfreulichen Gründe sind eigentlich ein einziger: Wir dürfen immer älter werden. Die Folge: Wir Rentner werden immer mehr.

Gesunde AHV

Die AHV ist kein Sanierungsfall. Sie ist gesund. Doch auch sie wird älter. Und als

wäre sie ein Organismus, braucht sie Hege und Pflege. Auch für die AHV gilt: Prävention, Prävention, Prävention. Man darf vorausschauen und sieht: Der Fall ist klar. Machen wir so weiter, finanzieren wir unsere Renten noch mehr auf Pump bei den Nachgeborenen.

Weihnachtlicher Familientürk

Es weihnachtet unablässig. Nur noch fünf Mal schlafen und bei Ihnen sind drei Gene-

rationen zum unvermeidbaren Familientürk versammelt, sagen wir am 25.12.2024, Start 12.00 Uhr: Sie, Ihre Brut mit Schwiegeranhang, und stolz strampelt die jüngste Generation aus ihrem Windelgeflecht. Die obligaten Rollschinke mit dem obligaten Herdöpfelsalat und all dem übrigen Obligaten. Nur nichts ändern. Etwas unbedarft, so gegen 14.45 Uhr, und man darf die Stimmung als bereits etwas gehoben beschreiben, meinen Sie, für Sie und Ihresgleichen sei die AHV ja gar kein

Thema, und die Generation Mitte hier am Tisch müsse halt selber schauen, ob sie länger arbeiten oder weniger Rente wollen – oder beides, hihi. Besteck landet geräuschvoll abrupt in Tellern. Zu Recht. Sie denken nicht solidarisch, Sie handeln nicht generationenübergreifend. Mit anderen Worten: wenn etwas bereits nicht mehr – quasi irreparabel – enkeltauglich ist, dann sind Sie es. Dabei haben Sie recht in einem Punkt: Sie sind wohl aus dem Schneider, Sie haben sich fast durchgeschwindelt. Auf die Generation nach Ihnen aber rollt etwas heran. Diese Generation wird sich nicht mehr durchschwindeln können: Das Windelechteck lernt sprechen. Es wird sich äussern.

Kopfbewegungen

Wenn Sie «Manfred Batliner enkeltauglich» googeln, werden Sie fündig. Ihm gebührt die Anerkennung, bereits vor über zehn Jahren den Elefanten im Raum benannt und willkommen geheissen zu haben. Dass die Mittel, die der Abgeordnete Manfred Batliner zur Fütterung des langlebigen Dickens vorgeschlagen hat, umstritten waren, tut hier nichts zur Sache. Es ist einfach darum gegangen, nicht den Kopf in den Sand zu stecken, viel besser den Kopf zu recken, damit man möglichst weit nach vorne sieht – statt, wie in der Politik üblich, den Kopf einzuziehen gleich einem unbedingten Reflex zum Zwecke des momentanen Machterhalts.

Quadrilog

Damit hätte uns Batliner eigentlich Zeit verschafft. Diese aber wurde seither kaum genutzt. Noch haben wir Zeit. Noch. Die Freie Liste will das Thema 66 ergebnisoffen forcieren. Sie wird Vorschläge ausarbeiten. Die können gut sein, die können schlecht sein, zu Ende gedacht oder oberflächlich, solidarisch oder partikularistisch. Die Freie Liste lädt ein zum Dialog – eigentlich Quadrilog, falls es dieses Wort gibt: Vier politische Parteien stecken die Köpfe zusammen. Ihre Haltung dabei lautet: «Mit der nüchternen Leidenschaft zur Vernunft» (Altkanzler Helmut Schmidt, mit Dank an den Kandidaten Christoph Wenaweser für den Import dieser Wegleitung).

Wochenarbeitszeit, Jahresarbeitszeit, Lebensarbeitszeit

Länger heisst nicht: mehr. Wenn Sie mit 55 Jahren in einem kompetitiven Marktumfeld plötzlich Jungunternehmer werden müssen, merken Sie schnell, dass das Wohl Ihrer Angestellten die Voraussetzung für den Bestand und das gesunde Wachstum Ihrer Firma ist. Dazu muss man nicht verkehrt herum, also links, gewickelt sein wie ich es bin, Überlegen genügt. Ich wäre als Unternehmer erfolglos ohne meine «Subunternehmer».

Die Arbeitszeit – die leider treffend «fremdbestimmte Zeit» genannt werden muss – soll auch bei höherem Rentenalter über das ganze Jahr gerechnet nicht höher werden als es der unternehmerisch erforderliche Gewinn verlangt und nicht höher, als es die Gesundheit der Angestellten gebietet. Tönt banal, wird aber noch längst nicht in allen Unternehmen verstanden, umgesetzt.

Zugegeben: In meiner Branche, in der Menschen eine Dienstleistung für Menschen erbringen und nicht Stückzahlen bis dann und dann produziert, geliefert und verkauft sein müssen, in einer Branche, in der die Qualität der Dienstleistung kaum messbar (das Streben nach Qualität aber überprüfbar) ist, ist das leichter. Möglich aber ist es überall – mit einem kleinen Trick: Unternehmensgewinn sichern – Profitmaximierung verdammen. In meinem Kleinstunternehmen haben wir vor dreizehn Jahren bei den branchenüblichen 42,5 Wochenstunden (100%-Pensum) begonnen, stehen heute bei 35 Wochenstunden (100%-Pensum) – und haben in fünf Jahren das Ziel von 32 Wochenstunden (100%) erreicht – bei vollem marktüblichem Lohn wie für eine Wochenarbeitszeit von 42,5 Stunden.

An der Urne

Das Rentenalter 66 mag die AHV als enkeltauglich erhalten, aber erst, nachdem es an der Urne auch mehrheitstauglich war.

Früher soll das Arbeiten strenger gewesen sein? Ich weiss es nicht, ich war nicht dabei. Aber ich glaube es nicht. Ich glaube im Gegenteil, es wird immer strenger. Die Zeitbeschleunigungsmaschinen (dieses ganze IT-Graffiti) sind noch nie zur Entlastung der «Arbeitskräftigen» erfunden worden, jedenfalls wurden sie im Ar-

beitsalltag noch nie dazu eingesetzt. Das Rentenalter 66 isoliert serviert wird an der Urne keine Chance haben. Es muss eingebettet sein in die Formel «Länger heisst nicht mehr».

Natürlich ginge es auch andersrum: Rentenalter 66 Jawoll! Mit Volldampf bis zum Schluss! Zurück zum Manchesterkapitalismus! Weg mit diesen staatlichen Regulierungen! Profitmaximierung! Zitrone ausgepresst! Die Folgen: Wir sterben wie früher wieder früher. Auch so liesse sich die AHV gesund erhalten. Nur: mit der Freien Liste wird das nicht zu machen sein.

Gustav Kaufmann
Landtagskandidat Oberland



Gustav bewegt sich vorwiegend in den Feldern Wirtschaft, Bildung, Gesundheit und Soziales. Als erfolgreicher Unternehmer denkt und handelt er heute noch wie der ehemalige Gewerkschafter. Als ehemaliger Lehrer hält er für wirtschaftspolitisch töricht, wieweil Begabungspotential wegen dem veralteten Selektionssystem unserer Schulen den Bach runtergeht.

Die Zukunft ist menschlich.

Manuela Haldner-Schierscher

Landtagskandidatin Oberland

Allein schon die Tatsache, dass du bereits bis hierher gelesen hast, zeigt mir, dass dich das Thema Politik nicht kalt lässt. Vielleicht interessiert sie dich, vielleicht macht sie dich wütend oder du fragst dich, wie sie unseren Alltag bestimmt. Zumal Politik alles betrifft, was unsere Gesellschaft gestaltet und beeinflusst – sowohl öffentlich als auch privat. Und damit ist alles politisch. Doch wer entscheidet eigentlich, wie unsere Politik gestaltet ist? Und weshalb ist Vielfalt in der Politik wichtig?

Wie aber steht es eigentlich um die «politische Biodiversität» Liechtensteins? Bist du der Meinung, dass unser politisches System so gestaltet ist, dass alle Teile der Gesellschaft repräsentiert werden? Oder gibt es Gruppen, deren Stimmen noch zu oft fehlen? Fühlst du dich gut vertreten und finden deine Anliegen, Sorgen, Wünsche Gehör? Würdest du gerne mitgestalten? Sag mal, möchtest du für ein politisches Amt kandidieren? Diese Fragen berühren den Kern einer zentralen Herausforderung

der Politik: die Vertretung aller Menschen in ihrer Vielfalt. Es geht dabei nicht nur um unterschiedliche Meinungen, sondern darum, dass Menschen mit verschiedensten Hintergründen, Erfahrungen und Perspektiven in Entscheidungsprozesse eingebunden sind. Vielfalt bedeutet, dass nicht nur die lauten Stimmen Gehör finden, sondern auch die leisen. Dass Frauen genauso mitentscheiden wie Männer. Dass Junge ebenso vertreten sind wie Ältere. Und dass auch jene, die oder weniger privilegierten Grup-

pen angehören, ihren Platz am Tisch haben. Warum ist das wichtig? Weil politische Entscheidungen immer Menschen betreffen – und je vielfältiger die Perspektiven sind, desto gerechter und durchdachter sind diese Entscheidungen. Wenn hingegen nur ein kleiner, homogener Teil der Bevölkerung Politik gestaltet, bleiben die Bedürfnisse vieler Menschen ungehört. Die Folge: Frustration, Politikverdrossenheit und das Gefühl, dass die eigene Stimme nichts bewirken kann.

Wer entscheidet hier eigentlich – und für wen?

Wir können es uns einfach nicht leisten, die Talente und Perspektiven so vieler Menschen ungenutzt zu lassen. Politik betrifft uns alle, und deshalb muss sie auch von uns allen mitgestaltet werden. Die Herausforderungen unserer Zeit sind gewaltig: Klimakrise, soziale Ungleichheit, Pandemien, geopolitische Konflikte und die Folgen technologischer Entwicklungen verlangen entschlossenes Handeln – jetzt. Das gelingt nur, wenn wir wirklich alle Perspektiven berücksichtigen. Gesellschaften, die auf Zusammenarbeit und Solidarität setzen, sind widerstandsfähiger kreativer und erfolgreicher im Umgang mit Krisen. Warum? Weil sie auf die Stärken und Erfahrungen aller Mitglieder zurückgreifen – auch jener, die oft übersehen werden. Doch in unseren politischen Gremien zeigt sich ein anderes Bild: Wer entscheidet hier eigentlich – und für wen? Noch immer dominieren Männer mit ähnlichen sozialen und wirtschaftlichen Hintergründen. Frauen, junge Menschen und jene mit vielfältigeren Lebensentwürfen sind unterrepräsentiert. Das zeigt sich auch bei den kommenden Landtagswahlen wieder deutlich. Das ist ein demokratisches Defizit, das wir dringend beheben müssen. Die Ursachen dafür sind vielschichtig. Historisch und kulturell geprägte Rollenbilder, die Männer lange Zeit als die natürlichen Entscheidungsträger bevorzugten, wirken bis heute nach. Diese tief verwurzelten Rollenbilder beeinflussen neben der Wahrnehmung von Fähigkeiten auch den Zugang zu Machtpositionen. Frauen und Angehörige marginalisierter Gruppen werden oft vor die Wahl gestellt: Anpassung an die dominierenden Normen oder Ausschluss. Auch strukturelle Barrieren erschweren den Zugang zu politischen Systemen und Institutionen. Sitzungszeiten, Netzwerke und Entscheidungswege sind oft wenig familienfreundlich oder setzen voraus, dass jemand Vollzeit und flexibel verfügbar ist – eine Herausforderung für Frauen, die immer noch einen Grossteil der Care-Arbeit leisten. Für marginalisierte Gruppen kommen weitere diskriminierende Hürden hinzu, wie eingeschränkter Zugang zu Bildung, Ressourcen oder Netzwerken, die oft Voraussetzung für politische Teilhabe sind. Hinzu kommen Vorurteile, die ihre Kompetenz infrage stellen oder Fehler strenger

bewerten. Diese Hindernisse entmutigt viele, sich überhaupt in politische Prozesse einzubringen. Das muss sich ändern. Eine stärkere Repräsentation von Frauen und marginalisierten Gruppen in politischen Ämtern hat das Potenzial, einen positiven Kreislauf in Gang zu setzen: Sie können als Vorbilder wirken und zeigen, dass jede:r in der Politik willkommen ist und gehört werden kann.

Stillstand verliert – Vielfalt gewinnt!

Und jetzt? Jetzt ist es an uns, diesen Weg zu gehen. Als Parlamentarierin weiss ich aus eigener Erfahrung, wie wichtig es ist, Brücken zu bauen – auch zwischen denjenigen, die sich nicht gehört fühlen, und den Institutionen, die sie vertreten sollten. Es ist unsere Aufgabe, Strukturen zu schaffen, die alle einladen, ihre Perspektiven einzubringen. Und doch reicht es nicht, allein auf neue Strukturen zu warten. Es braucht auch den Mut, den ersten Schritt zu machen. Meine Landtagsarbeit in den vergangenen vier Jahren hat mir gezeigt, wie erfüllend, aber auch wie herausfordernd der politische Einsatz für Veränderung sein kann. Es erfordert Mut, Neues zu wagen und die Entschlossenheit, auch Widerstände zu überwinden. Und deshalb mein Appell an dich: Trau dich, werde aktiv, werde laut – es lohnt sich! Veränderung beginnt dort, wo wir Menschen den Mut haben, sichtbar zu werden und gemeinsam für eine gerechtere und vielfältigere Gesellschaft einzutreten.

Manuela Haldner-Schierscher
Landtagskandidatin Oberland



Alles ist politisch, darum ist auch nichts egal. Der Einsatz für Klimaschutz, eine gerechte Gesellschaft, solidarisches Handeln und Achtung der Würde aller Lebewesen hat für Manuela dabei oberste Priorität. Sie kämpft für klare Taten statt leere Worte, hart in der Sache, mit einem Offenen Ohr und einer freundlichen Haltung. Denn echte Veränderung braucht beides: Entschlossenheit und Menschlichkeit.

Wie geil ist das denn bitte?

«Ich weiss jeden Tag, warum es sich lohnt, sich zu exponieren. Jedes Mal, wenn eine Person, die nicht der Mehrheitsgesellschaft angehört, ihre Stimme erhebt, sorgt sie damit für mehr Vielfalt im Diskurs. Sie drängt sich mit der nötigen Chuzpe in einen Raum, der mit Sicherheit mehr unterschiedliche Perspektiven vertragen kann. (...) Wer sich Platz verschafft, nimmt damit Raum ein, der sonst nur denjenigen gegeben wird, die der Norm längst entsprechen. Diesen Raum zu erweitern, ist ein radikaler Akt. Er erweitert unser kollektives Verständnis davon, wessen Existenz sichtbar sein kann und darf. Wie geil ist das denn bitte?»

Anna Rosenwasser
Autorin und Nationalrätin

Ungleichheit ist politisch – sie zu durchbrechen aber auch

Samuel Schurte

Landtagskandidat Oberland

«Liechtenstein ist eines der reichsten Länder der Welt. Gemessen am Durchschnittsvermögen sogar das drittreichste». Wie oft wir das schon gehört haben. Aber was bringt es uns, eines der reichsten Länder zu sein, wenn am Ende des Monats nach der Krankenkassenrechnung, nach dem Mietzins und den ständig steigenden Lebensmittelpreisen, die wir alle bezahlen müssen, nichts mehr auf dem Konto liegt?

Werte wie das Durchschnittsvermögen heranzuziehen, um darüber zu sprechen, wie gut es uns hierzulande geht, ist offensichtlich unehrlich. Denn die Vermögensverteilung in Liechtenstein ist äusserst ungleich. Die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung verfügen zusammen über knapp 80 Prozent des gesamten Vermögens, während viele von uns jeden Franken zweimal umdrehen müssen. Man weiss schliesslich nie, wann die nächste Miet- oder Prämienhöhung kommt – nur, dass sie bestimmt kommen wird. Die gesamte «untere» Hälfte der Liechten-

steiner Bevölkerung kommt zusammen übrigens auf gerade mal auf 1 Prozent des hiesigen Vermögens. Die gute Nachricht ist: Das müssen wir uns nicht gefallen lassen. Miete, Prämien, AHV, Löhne; das alles sind politische Probleme. Die Mieten steigen nicht wie durch ein Wunder. Den bürgerlichen Parteien ist die Gewinnmarge von Menschen, die im grossen Stil Immobilien kaufen, lediglich wichtiger als die Portemonnaies der Mieter:innen. Die Prämien steigen nicht, weil man nichts dagegen unternehmen kann. Es wird stattdessen ausdrücklich darauf verzichtet,

eine solidarische Gesundheitspolitik zu machen. Die AHV und Reallöhne stagnieren nicht von allein, es wird nichts unternommen, um sie den Lebensbedingungen der Menschen anzupassen. Das alles, um die Interessen der Superreichen – jene, die das Durchschnittsvermögen in Liechtenstein eigenhändig in astronomische Höhen schicken – zu schützen, auf unsere Kosten.

Das klingt erst mal ernüchternd. Doch aus dieser Tatsache schöpfe ich Motivation. Denn Probleme, die politisch verursacht werden, kann man politisch lösen.

Jetzt ist nur noch wichtig, welche Politik wir mit den Lösungen beauftragen.

Wo es wirklich weh tut

VU, FBP und auch die DpL haben gezeigt, wie es ihnen zu Folge weiter gehen soll, nämlich mit Pflasterlepolitik par excellence. Und mit dem Pflasterle kommt erst noch eine gehörige Portion Salz auf die Wunde. Die AHV soll beispielsweise in Stand gehalten werden, indem wir das Rentenalter erhöhen. Eine absurde Idee, mit der auch das Staatsoberhaupt alle paar Jahre um sich schmeisst. Wir werden älter, ja. Das ist etwas Gutes. Mehr Lebenszeit verstehen wir in der Freien Liste aber als Möglichkeit auf ein längeres und schönes Leben, nicht als potenzielle Gewinnsteigerung für Arbeitgeber:innen. Wir wollen arbeiten, um zu leben. Nicht leben, um zu arbeiten!

Was man sieht: Wenn die Bevölkerung die Fehler von bürgerlicher Politik ausbaden müssen, ohne die Wurzel des Problems ins Auge zu fassen, verlieren alle. Ähnlich läuft das auch bei der Pflasterlepolitik im Gesundheitswesen. Der Staatsbeitrag an die OKP entlastet die Prämienzahler:innen ein Stück weit. So sehr dann aber doch nicht. Oder wann hast du dir zum letzten Mal gedacht: «Wow, dieses Jahr sind die Prämien ja wirklich günstig, dank dem Staatsbeitrag!». Versteht mich nicht falsch. Der Staatsbeitrag an die OKP ist im momentanen System das Minimum, was wir für die Prämienzahler:innen tun können. Viel effizienter wäre es aber, einfach ein faires System einzuführen. Nämlich das der erwerbsabhängigen Krankenkassenprämie. Doch hierrüber wollen uns die Regierungsparteien nicht mal abstimmen lassen. VU und FBP (und auch die DpL) schützen lieber ihr überreiches Klientel, welches wohl ohnehin privatversichert ist und bleiben würde, als jene 30'000 Menschen, welche in Liechtenstein von der erwerbsabhängigen Krankenkasse profitieren würden.

Ich könnte an dieser Stelle weiter darüber reden, wie statt auf Sozialbauten darauf gesetzt wird, Immobilienkonzerne mit Steuergeschenken ruhig zu halten, der Mindestlohn in Liechtenstein niemals ernsthaft verfolgt wurde oder eine vernünftige Elternzeit durch eine Priorisierung von Wirtschaft über Gesellschaft nicht zustande kam. Es gibt X Beispiele, an

denen wir erkennen, dass die bürgerliche Politik den Mittelstand im Stich lässt, nur um Superreiche zu schützen. Aber fertig mit den Anklagen. Wir müssen weiter gehen, und wie bereits erwähnt, die Probleme an ihren Wurzeln packen.

Wir alle schaffen Reichtum, wir alle müssen profitieren

Ein offensichtliches Problem ist die Ungleichverteilung von Reichtum in diesem Land. Das Problem ist nicht, dass einige Leute reich sind. Das Problem ist, dass sie es auf Kosten der Allgemeinheit sind. In Liechtenstein kennen wir die Vermögenssteuer noch nicht, die Erbschaftssteuer nicht mehr. Das führt dazu, dass immer mehr Kapital in immer weniger Hände fällt. Und, dass der daraus entstehende Reichtum nur selten der Gesellschaft als Ganzes zugutekommt.

Während Superreiche immer superreicher werden, müssen wir länger arbeiten, um die AHV zu sichern – ein Konzept, auf das Millionär:innen nicht angewiesen sind. Während sich immer weniger Leute ein Eigenheim leisten können, verdienen sich manche durch unsere Mieten eine goldige Nase. Und müssen darauf nicht einmal Steuern zahlen.

Wenn wir nicht wollen, dass die Schere zwischen abgehobenen Superreichen und der lohnarbeitenden Bevölkerung immer weiter auseinander geht, brauchen wir vor allem eines: Steuergerechtigkeit. Vermögen und Mieteinnahmen müssen fair versteuert werden. Die AHV aufstocken, den OKP-Beitrag erhöhen oder den Sozialwohnungsbau fördern, sind nur der Anfang der Möglichkeiten. Wenn wir den gesellschaftlich erarbeiteten Reichtum aus den wenigen Händen zurückfordern, die ihn heute horten, profitiert die gesamte Gesellschaft. Denn Geld wird zwar nicht schlecht, doch es bringt auch wirklich niemandem etwas, wenn es auf dem Konto einer ohnehin viel zu reichen Person nur rumliegt.

Mutig für die Rückverteilung kämpfen

Die mittlere liechtensteinische Person muss 12 Jahre lang von Miete, Krankenkassen, Lebensmittelpreisen, Reisekosten und allen anderen Ausgaben befreit sein und in diesen 12 Jahren ununterbrochen

arbeiten, um 1 Mio. CHF zu verdienen. Chapeau an all jene, die das schaffen! (An dieser Stelle frage ich mich, wie man 12 Jahre lebt, ohne einen Franken auszugeben...). Was ist dann mit Leuten, die einfach mal so 10 Millionen Franken auf dem Konto haben? Oder 100 Millionen? Haben diese Leute dieses Geld selbst erarbeitet? Natürlich nicht. Die Ideen, die Arbeitskraft, die Finanzierung, all diese Sachen kommen aus der Gesellschaft und damit von uns allen. Das ist mal der moralische Grund, weshalb eine Vermögenssteuer und auch eine Erbschaftssteuer selbstverständlich sind.

Die praktischen Gründe überwiegen aber. Jahrelanges Bevorzugen von Menschen, denen es ohnehin viel besser geht als dem breiten Teil der Bevölkerung, hat zu Problemen geführt, die man nicht mehr ignorieren kann. Gerade im Hinblick auf bevorstehende Krisen, wie beispielsweise die Klimakatastrophe, können wir nicht mehr auf ultraliberale Marktpolitik setzen. Wenn wir von populären Massnahmen gegen die Klimakrise sprechen, bedeutet das, dass jene Menschen, die die Krise am meisten mitverursachen – Menschen mit Privatjets und mehreren beheizten Häusern etc. – ihren fairen Teil zur Lösung des Problems beitragen müssen. Denn beim Mittelstand gibt es, ausser den wenigen Jahren, in denen wir unseren Ruhestand genießen sollten, nicht mehr viel zu holen. Deshalb möchte ich alle Menschen, die keine paar Millionen auf dem Konto herumliegen haben, aufrufen, euch nicht von Vorwürfen der «Neid» einschüchtern zu lassen. Es hat nichts mit Neid zu tun, dafür zu kämpfen, was uns allen zusteht: Ein gutes Leben.

Samuel Schurte
Landtagskandidat Oberland



Auf der Suche nach Verbündeten für soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz ist Samuel als Jugendlicher der Freien Liste beigetreten. Seither engagiert er sich politisch: Etwa als Gründungsmitglied der Jungen Liste oder mit der Initiative für erwerbsabhängige Krankenkassenprämien.

Hängt das Porträt der Landtagspräsidentin auf Schloss Vaduz?

Stefan Sprenger

Landtagskandidat Oberland

Wahlstrategen im Ausland würden vermutlich über die Slogans in diesem Wahlkampf kichern. VU: «Klar für Liechtenstein»? Sicher nicht trüb, oder? FBP: «Für Euch. Fürs Land»? Das hat, besonders im Dialekt, Rhythmus, auch eine innere Erweiterung, aber scheitert grandios an der Selbstbeglänzung des Chefkandidaten, Rocketmän Wa. FL: «Stillstand durchbrechen, Chancen schaffen» knackt weder im Ohr, noch im Hirn, und ist so langfädig und umständlich wie die Politik selbst. Ich werde an «unserem» Slogan nicht warm, aber finde ihn ehrlich: Politik ist ein mühsames und langwieriges Geschäft.

Das Parteiprogramm der Freien Liste ist substantiell und detailliert; es würde eine gute Leitlinie für Entscheide im Landtag sein. Kulturpolitik und Umwelt-, Arten- und Tierschutz hätten Priorität. Ich merke aber, dass mir drei grosse Anliegen, die mich in den letzten Jahren umgetrieben haben, fehlen.

Wer hängt wo an der Wand? Ein kleiner Dualismustest

Ist Ihnen aufgefallen, dass inzwischen niemand das Wort «Dualismus» auch nur in den Mund zu nehmen wagt, als wäre schon die Vorstellung, dass sich Volk und Fürst auf Augenhöhe gegenüber stehen, ein Verstoss gegen den mürrischen Landfrieden, der seit der Verfassungsnovelle 2003 landläufig ist? Machen Sie einen kleinen Dualismustest mit mir? Im Plenarsaal des Landtags hängt ein Porträt des Fürsten an der Ziegelwand. Halten Sie es für angebracht, dass im Sinne des Dualismus auch ein Porträt der Landtagspräsidentin als oberste Repräsentantin des Souveräns Volk im Arbeitszimmer des Fürsten oder seines Stellvertreters auf Schloss Vaduz hängt? Sind Sie nun unangenehm berührt oder finden Sie diese Frage bereits anmassend? Lassen Sie mich weiter fragen: Hinge kein Porträt der Landtagspräsidentin auf Schloss Vaduz, wären Sie im Sinne der Gleichberechtigung der beiden Souveräne damit einverstanden, das Porträt des Fürsten im Landtagssaal abzuhängen? Finden Sie das unveschämt oder trifft Sie gar der Schlag? Ich sähe es als meine Aufgabe als Abgeordneter, mit solchen Fragen den auf Untertänigkeit konditionierter Dualismus Richtung Gleichwertigkeit der Souveräne neu zu kalibrieren.

43'000 Arbeitsstellen in FL, aber keine Mobbinghilfe?

Man durfte in den letzten beiden Jahren in der Causa Matt vs Radio L einem veritablen Trauerspiel beiwohnen, was den gesetzlichen Schutz von Mobbingopfern in Liechtenstein betrifft. Sie haben mitbekommen, wie Arbeitgeber Radio L und das mit der Aufsicht vertraute Ministerium in Sachen Mobbingenschutz nicht nur gescheitert sind, sondern auch glaubten, die Sache auf dem Rücken und auf Kosten der Gemobbten aussitzen zu können. Es war nur der Zivilcourage mehrerer Frauen, die mit

ihrem Zeugnis für Frau Matt eingestanden sind, und der Entschlossenheit von Frau Matt zu verdanken, dass dieser prominente Mobbingfall nicht weggelogen, sondern am Ende vor Gericht geklärt werden konnte. Was aber geschieht mit Mobbingopfern, die sich keinen Anwalt leisten können und/oder kein Netzwerk haben? Wir haben weder eine Mobbinggesetzgebung, arbeitsrechtliche Verfahren oder finanzielljuristische Hilfe, die bei Mobbing griffen und die offenbar hohe Dunkelziffer in diesem Bereich zumindestens verkleinern könnten. Wer heute in Liechtenstein eine Mobbingberatung möchte, hat sich an die Fachstelle Mobbing und Belästigung in Zürich zu wenden; der LANV bietet einen Mobbingratgeber für zwanzig Franken plus Portokosten an, merci viilmol. Liechtenstein weist 43'000 Arbeitsstellen an über 6'000 Arbeitsstätten aus – es besteht zweifellos Bedarf an Auf- und Ausbau einer gesetzlich geregelten Mobbinghilfe.

Psychosoziale Hilfe für Kinder und Jugendliche als gordischer Knoten?

Ich bin ein älterer und zweifellos privilegierter weisser Mann, und das nicht ungerne. Corona habe ich mit einem doppelten Bandscheibenvorfall und viel Lektüre in einem LaFuma-Gartenstuhl ausgesessen und dabei die Himmel ohne Kondensstreifen bewundert. Es war eine Auszeit, kein Entwicklungsbruch. Die enorme psychische Not unter Kindern und Jugendlichen in jener Zeit war mir wenig bewusst, ich bin nicht stolz darauf. Die dringlichen Hilferufe aus dem psychosozialen Bereich aber sind nicht verstummt, im Gegenteil, sie nehmen zu.

Zwei grundsätzliche Fragen. Was für ein Bild der Gesellschaft macht sich die Corona-Generation, die in den Jahren ihrer Not die Hilfe nicht bekommt, die sie benötigt? Wird sie, einmal am Ruder, uns die Solidarität zeigen, die wir ihr verweigert haben? Es gibt einen Vertrag zwischen den Generationen; unsere Seite dieses Vertrages lautet, den Kindern und Jugendliche die bestmöglichen Umstände für ihre Entwicklung zu schaffen.

Die Regierung hat diesen Sommer auf überparteiliches Drängen im Landtag hin ein Psychatriekonzept vorgelegt, das die Notlage erkennt, Hilfe aber vor allem in Kooperationen mit umliegenden Institutionen sucht, weil unsere «Fallzahlen»

den kostspieligen Aufbau eigener Strukturen nicht legitimierten. Diese Institutionen sind aber bereits durch eigenes Aufkommen komplett ausgelastet ... Ein klassisch-liechtensteinischer gordischer Denkknoten. Den Manuela Haldner-Schierscher in der Debatte zum Psychatriekonzept locker durchschlagen hat: Weshalb kann Liechtenstein hier nicht den «Lead» übernehmen und, in Umkehrung des üblichen Vorgehens, eine Struktur schaffen, die nicht nur uns, sondern auch unseren Nachbarn nützen wird? Ich finde das eine bestechende Idee, weil sie nicht nur dringend notwendige Hilfe schafft, sondern wir uns darin als Anbieter für psychosoziale Hilfe auch neu denken können.

Junge Liste!

Im Übrigen bin ich der Ansicht, dass Vertreter:innen der Jungen Liste in den nächsten Landtag gehören – Büffel meiner Sorte gibt es dort schon genug. Ich kann mich an keinen Wahlgang in den letzten vierzig Jahren erinnern, der den jungen Wähler:innen ein derart solides Angebot wie das der Junge Liste vorgelegt hat – eine Gruppe gut ausgebildeter, hoch motivierter, bestens organisierter und wunderbar widerspenstiger Leute, die wissen, was es geschlagen hat und bereit sind, sich in die parlamentarische Arbeit zu knien. Wählen!

Stefan Sprenger
Landtagskandidat Oberland



Dualismus, die fehlende Hilfe für Gemobbte am Arbeitsplatz und die Schwierigkeiten psychosozialer Hilfe für Kinder und Jugendliche in Liechtenstein sind Stefans Themen. Mit Wahlslogans kann er wenig anfangen, empfiehlt aber die Junge Liste zur Wahl.

Häsch Böda?

Tatjana As'Ad

Landtagskandidatin Oberland

Nachdem mein Freund:innenkreis vor ein paar Jahren den ersten «Dreissiger» feiern durfte, häufen sich die runden Geburtstage gerade frappant. Jede Zusammenkunft in diesem Rahmen unterstreicht eine Erkenntnis: Die Jahre zwischen Ende Zwanzig und Anfang Dreissig sind ein wahrlich skurriles Alter. Während die einen gerade das 10-jährige-Betriebsjubiläum feiern, sich selbstständig machen oder Leitungspositionen übernehmen, schreiben andere ihre Abschlussarbeiten, sind auf Weltreise oder in Elternzeit. Die Lebensrealitäten gehen also weit auseinander. Und so unterschiedlich wie sich die Privat- und Berufsleben gestalten, so vielfältig sind auch die Wohnformen.

Langsam aber sicher haben alle meine Freund:innen und ehemaligen Schulkolleg:innen die Elternstube endgültig verlassen. Ein paar wenige haben bereits selbst ein Kinderzimmer eingerichtet, andere leben in Wohngemeinschaften, zusammen mit dem:der Partner:in oder allein. Die allermeisten davon sind Mieter:innen, ein Eigenheim ist für viele meiner Generation, wenn überhaupt, Zukunftsmusik. Noch eines haben viele von uns gemeinsam: Stundenlange Wohnungssuche auf Online-Portalen und Facebook-Seiten, gefolgt von einer Reihe an Besichtigungsterminen. Am wahrscheinlichsten fündig wird, wer eine 4-Zimmer-Wohnung wünscht und durchschnittlich 2'000.— Franken monatlich dafür ausgeben kann. So bestimmt es der Markt. Insgesamt verfügen zwei Drittel der Wohnungen in Liechtenstein über vier Zimmer und mehr. Für Wohnungen, die in den letzten 20 Jahren gebaut wurden, liegt die Monatsmiete rund 300.— bis 600.— Franken über dem Durchschnitt der jewei-

ligen Grössenkatgorie. Eine zentrale Lage kommt ebenfalls mit Aufpreis. Und im Vergleich zur Schweiz bezahlen wir in Liechtenstein durchschnittlich 18 Prozent mehr fürs Wohnen. Nur im Kanton Zug greifen Mieter:innen noch tiefer in die Tasche.

Kein Luxusproblem

Aber alles halb so wild, meint etwa der liberale Think Tank Zukunft.li: Günstigere Optionen seien genügend vorhanden, so-

lange man nur die eigenen Ansprüche drosselt. Eine Aussage, die wohl vor der Nebenkostenabrechnung gemacht wurde. Schliesslich sind es nicht einfach nur ein paar nice-to-haves (etwa ästhetische «Designer-Brünnle», Echtholzparkett oder deckenhohe Türen), die die Wohnkosten beeinflussen. Darauf könnten viele problemlos verzichten. Vielmehr sind neuere oder sanierte Wohnbauten deshalb attraktiv, weil sie energieeffizient sind. Die Quartals- und Jahresrechnungen, die zusätzlich zur Miete anfallen, sind bei modernen Wohnungen oft wesentlich tiefer als bei älteren. Eine ältere Wohnung mag im ersten Moment günstiger erscheinen, die vermeintliche Ersparnis schrumpft allerdings schnell, wenn veraltete Geräte oder eine schlechte Isolierung zu hohen Heiz- und Stromkosten führen. Ist die Wohnung dann auch noch abgelegen, wächst die Notwendigkeit für alltägliche Wege zur Arbeit oder in den Einkaufsladen das Auto zu nutzen – mit den entsprechenden Ausgaben für Parkplatz, Benzin, Wartung und Versicherung.

Ausserdem habe ich in meinem Umfeld selten gehört, dass die gesuchte Wohnung einem «Anspruch auf Übergrösse» von 4 Zimmern oder mehr gerecht werden muss. Im Gegenteil: Die Nachfrage nach kleineren Wohnungen, vor allem für junge Menschen und Ein- bis Zweipersonenhaushalte, ist hoch. Diese Bedürfnisse deckt der Markt heute aber kaum ab. Auch aus diesem Grund haben sich in meinem Freund:innenkreis ein paar Wohngemeinschaften gegründet. Während das hohe Angebot an grösseren Wohnungen und der Preis dadurch weniger Probleme bereiten, stellen sich bei der Wohnungssuche andere Herausforderungen: Wohngemeinschaften wird mit Skepsis begegnet, Vermieter:innen wittern ausschweifende Partys und eine kurze Mietdauer. Das Wohnen in nur einem Zimmer mit geteilter Küche und geteiltem Bad wird als vorübergehende Lebensphase abgetan, der man natürlicherweise entwächst. In vielen Köpfen markiert erst das «Daham» allein oder zu zweit mit der Partner:in den Start ins Erwachsenenleben.

Öffentlicher Wohn(t)raum

Ich selbst lebe heute in einer wunderschönen Wohnung mitten in Vaduz, die 2016 renoviert wurde. Einkaufsmöglichkeiten lie-

gen in Gehdistanz und die Anbindung ans ÖV-Netz ist direkt vor der Haustür. Zur Arbeit komme ich mit dem Velo in unter zehn Minuten, auf ein eigenes Auto kann ich problemlos verzichten. Vor ich jetzt aber in eine überbordende Schwärmerei zum geteilten Garten oder den anderen Mietparteien abrutsche, hier die Aufklärung, wie das überhaupt möglich ist: Meine Vermieterin ist die Gemeinde Vaduz. Eine Wohnung an dieser Lage und mit vergleichbarem Ausbaustandard wäre für mich, trotz dem fairen Lohn der Freien Liste, auf dem profitorientierten Markt kaum bezahlbar.

Leider sind Wohnungen im Besitz der öffentlichen Hand eine Seltenheit: Insgesamt gehören 2,2 Prozent der Gebäude in Liechtenstein dem Staat oder den Gemeinden. Nur ein Bruchteil davon sind für Wohnzwecke reserviert. Dabei ist bezahlbarer und bedürfnisgerechter Wohnraum kein einfaches Konsumgut, sondern ein existenzielles Grundbedürfnis – und somit auch eine politische Verantwortung. Mein persönliches Beispiel sollte deshalb keine «glückliche Ausnahme» darstellen. Und abgesehen davon möchte ich mich nicht ein Leben lang auf dieses kleine bisschen Glück verlassen müssen. Ohne eine Politik, die Wohnraum als gesamtgesellschaftliches Anliegen priorisiert und proaktiv gestaltet, dürfte das allerdings der Fall sein. Auf die Frage: «Häsch Böda?» lautet meine Antwort nämlich nein. Vom klassischen Eigenheim bin ich entsprechend weit entfernt. Und damit bin ich bei weitem nicht allein: Für drei Viertel der Haushalte in Liechtenstein sind die Hürden der Tragbarkeit und Eigenmittel beim Hausbau heute nur schwierig oder gar nicht überwindbar. Die Wohnsituation von vielen Menschen in Liechtenstein ist also massgeblich vom Angebot abhängig. Umso wichtiger ist es, dass die Politik dort Angebote und Möglichkeiten schafft, wo der freie Markt den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht gerecht wird.

Gemeinnützige Wohnpolitik, Raumplanung und Mieter:innenschutz

Die politischen Massnahmen zur Schaffung von bedürfnisgerechtem und bezahlbarem Wohnraum sind vielfältig und gehen weit über Mietbeihilfen hinaus. Ein zentrales Instrument dürfte die verstärkte Förderung von gemeinnützigem Wohnbau und genossenschaftlichen Wohnprojek-

ten sein. Die öffentliche Hand kann über finanzielle Subventionen, steuerliche Anreize und Baurechtsvergabe dazu beitragen, dass mehr Wohnraum entsteht, der nicht gewinnorientiert betrieben wird. Denkbar ist auch, dass der Staat und die Gemeinden den Gebäudebestand im öffentlichen Besitz erhöhen und selbst Wohnungen zur Kostenmiete bereitstellen. Insbesondere Wohnformen, die vom freien Markt nur unzureichend abgedeckt werden, sollen so gezielt gefördert werden. Wohngemeinschaften, Co-Housing-Projekte, Alterswohnungen und Generationenhäuser können den Wohnungsmarkt entzerren und gleichzeitig zu mehr sozialer Interaktion und ökologischen Synergien führen. Übergeordnet müssen die geltenden Gebäudevorschriften modernisiert und die Raumplanung auf veränderte Bedingungen und eine zunehmende Urbanisierung ausgerichtet werden – mit einem klaren Fokus auf Mensch und Umwelt.

Die aufgeführten Massnahmen sollen den Wohnungsmarkt langfristig ausgleichen, diverse Wohnformen fördern und für die Allgemeinheit zugänglich machen. Die Realität von vielen Menschen in Liechtenstein sieht heute allerdings anders aus: Die Machtverhältnisse auf dem freien Markt sind sehr ungleich verteilt. Wer nicht über Eigenheim verfügt, kann sich dem Markt nicht entziehen. Als Grundbedürfnis der gesamten Bevölkerung muss die Wohnpolitik deshalb auch ein stark ausgebauten Mietrecht, den Schutz von Mieter:innen und Massnahmen gegen Diskriminierung und missbräuchliche Mietpreise umfassen.

Tatjana As'Ad
Landtagskandidatin Oberland



Tatjana arbeitet seit 2021 auf der Geschäftsstelle der Freien Liste. Chancengerechtigkeit und intersektionale Gleichstellung beschäftigen sie sowohl beruflich als auch privat. Dass Wohnraum als existenzielles Grundbedürfnis aller Menschen fast vollständig dem freien Markt überlassen wird, ist für sie unverstän-

Vom Nicht-Wollen

Patrick Risch

Landtagskandidat Unterland

«Die Freie Liste ist wie immer der Zeit voraus», so ein Abgeordneter der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) in einer Landtagssitzung Anfang 2024. Ist die Freie Liste wirklich der Zeit voraus? Wohl eher nicht. Eher sind die anderen Parteien in vielen Dingen noch nicht in der Gegenwart angekommen und hinken bis zu 20 Jahre hinter den gesellschaftspolitischen und sozialen Entwicklungen in Europa hinterher.

Betrachten wir doch einmal die Zusammensetzung des Landtags, unserer Volksvertretung: 88 Prozent der im Landtag vertretenen Abgeordneten politisieren rechts von der Mitte; sie gehören der Vaterländischen Union (VU), der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) und den Demokraten pro Liechtensteins (DpL) an. Nur die Freie Liste kann klar links der Mitte eingeordnet werden. Im internationalen Vergleich muss die Freie Liste wohl eher als gemässigte linke Partei angesehen werden. Diese ge-

mässigte linke Politik, mit der wir uns für sozialen Fortschritt einsetzen, versetzt die Abgeordneten der Mitte-Rechts-Parteien öfters in Angstzustände. Dies äussert sich insbesondere dann, wenn sie die Abgeordneten der Freien Liste als Kommunist:innen und Sozialist:innen bezeichnen.

Die FBP positioniert sich für die nächsten Landtagswahlen als konservative Partei. Das ist der klare Eindruck, den ich erhalte, wenn ich auf die jüngsten Entscheidungen der FBP-Fraktion im Landtag

und die Personalpolitik der «Schwarzen» in den letzten Monaten zurückblicke. Aus Sicht der FBP wird die Freie Liste noch linker politisieren. Doch in Wahrheit driftet die FBP nach rechts ab. Währenddessen setzt die VU voll auf liberale Wirtschaftspolitik, wie ein Blick in die Nominationslisten und Personalentscheide der Partei verrät. Die DpL nun ja, ist die DpL. Die Freie Liste politisiert seit der Gründung vor knapp dreissig Jahren links der Mitte und ist ihren sozialen, demokratischen und ökolo-

gischen Grundsätzen seither treu geblieben – nicht nur dann, wenn es opportun erscheint, sondern konsequent.

Von grossen Worten und zögerlicher Umsetzung

Dass auf Worte auch Taten folgen, ist leider keine Selbstverständlichkeit. Unsere Regierung reist gerne und oft an die grossen Konferenzen im fernen und nahen Ausland und unterzeichnet so manche Konvention oder manches Übereinkommen. Zu Hause angekommen, geht danach trotzdem oft für Jahre nichts vorwärts. Nur wenn es um die Umsetzung von Wirtschaftsabkommen geht, sind wir ein Land der schnellen Entscheide und kurzen Wege. Bei sozialpolitischen Themen haben die Regierungsparteien keine Eile, trotten lieber gemächlich den anderen Ländern hinterher und ducken sich bei Kritik allenfalls weg.

Liechtenstein ist vor 30 Jahren dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) beigetreten. Ein Entscheid, der für die liechtensteinische Wirtschaft ein Gewinn war. Mit der Mitgliedschaft erhält unsere Wirtschaft fast unbeschränkten Zugang zum europäischen Markt. Die Mitgliedschaft bringt aber auch Verpflichtungen mit sich. Soziale Vorgaben aus Brüssel werden in Liechtenstein auf den letzten Drücker umgesetzt, oder man lässt Fristen sogar verstreichen – selbst, wenn ein Vertragsverletzungsverfahren droht. Die Einführung der Elternzeit ist das aktuellste Beispiel. Obwohl die Forderung bereits seit 2019 bekannt ist, hat es Liechtenstein nicht geschafft, diese fristgerecht umzusetzen. Und die Umsetzung selbst ist eine Blamage. Obwohl die Wirtschaft floriert, konnten sich die bürgerlichen Parteien gerade mal zu einer minimalen Umsetzung der von der EU geforderten Elternzeit durchringen. Und auch das nur widerwillig. Die Mitte-Rechtsparteien jammern, was das Zeug hält und beschwören den Untergang der hiesigen Wirtschaft herauf. Die positiven Effekte der Elternzeit für unsere Gesellschaft können und wollen sie sich schlichtweg nicht vorstellen. Dabei vergessen sie auch, dass die Elternzeit keine neue Liechtensteiner Erfindung ist, sondern schon seit vielen Jahren im Ausland existiert.

Auf die Umsetzung der Behindertenkonvention und der Frauenrechtskonvention mussten die Betroffenen in Liechtenstein lange warten. Die Behindertenkonvention der Vereinten Nationen

wurde 2008 unterzeichnet und erst 2017 ratifiziert – dazwischen liegt beinahe ein Jahrzehnt des Zögerns. Selbst nach der Ratifizierung ist die Umsetzung in vielen Bereichen lückenhaft. Barrierefreiheit wird oft als Belastung statt als Chance gesehen. Ähnlich sieht es bei der Frauenrechtskonvention aus: Die ersten Berichte an die UNO wurden verspätet eingereicht und viele der empfohlenen Massnahmen zur Förderung der Gleichstellung sind noch immer nicht umgesetzt. Gender Pay Gap, Diskriminierung am Arbeitsplatz und der Mangel an weiblicher Repräsentation in Führungspositionen sind Themen, die weiterhin weitgehend ignoriert werden.

Schon 1970 hat sich Liechtenstein im Rahmen einer Resolution der Vereinten Nationen (Resolution 2626) dazu verpflichtet, 0,7 Prozent seines Bruttonationaleinkommens (BNE) für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen. Diese Verpflichtung gilt für alle wirtschaftlich entwickelten Länder und dient als Orientierungsrahmen für internationale öffentliche Entwicklungsleistungen. Dieses von Liechtenstein mitgetragene Ziel ist noch in weiter Ferne. Seit Jahren beträgt der Anteil nur 0,4 – 0,5 Prozent. Für mehr Grossherzigkeit können sich die Mitte-Rechts-Parteien in Liechtenstein nicht durchringen.

Dasselbe in grün

Bei Umweltthemen und beim Erreichen der Klimaziele sieht es nicht besser aus. Es hat zwar zwei Jahre gedauert, bis der Landtag das Klimaabkommen, welches von der Regierung in Paris 2015 unterzeichnet wurde, ratifizieren konnte. Das Ziel, zu dem sich die Regierung und der Landtag damals verschrieben haben, war weder visionär noch einzigartig auf der Welt. 40 Prozent des CO₂-Ausstosses wollten wir dann bis ins Jahr 2023 erreichen. Mittlerweile haben wir uns vorgenommen, bis ins Jahr 2050 eine Netto-Null-Bilanz zu erreichen. Doch seien wir mal ehrlich: wir sind nicht mal beim 40 Prozent Ziel auf der Zielgeraden, geschweige denn bei einer Netto-Null-Bilanz. Wir hinken hinterher. Mit dem eingeschlagenen Tempo werden wir die Ziele nicht erreichen.

Noch gravierender ist die Untätigkeit beim Schutz der Biodiversität. Die Schweiz hat mit der Umsetzung des Vertrags von Bern zur Erhaltung wildlebender

Tiere und Pflanzen und ihrer Lebensräume Fortschritte gemacht. Liechtenstein hingegen hat wesentliche Massnahmen auf die lange Bank geschoben. Der Bau von Wildtierbrücken, die in grenzüberschreitenden Projekten mit der Schweiz koordiniert werden sollen, wird verschleppt. Dabei ist der Schutz von Wildtierkorridoren nicht nur eine Frage des Naturschutzes, sondern auch der Verkehrssicherheit.

Über bestehende Verpflichtungen hinaus

Es ist jetzt wichtiger denn je, dass die Freie Liste noch stärker im Landtag vertreten ist. Damit das soziale Gewissen im Land nicht auf der Strecke bleibt und damit die Umwelt mit Mensch und Tier eine stärkere Stimme bekommt. Die Relevanz sozialer und ökologischer Themen wächst weltweit und Liechtenstein darf hier nicht zurückbleiben. Die Freie Liste kämpft nicht nur für die Umsetzung bestehender Verpflichtungen, sondern auch für eine Politik, die über den Tellerrand hinausschaut und zukünftige Generationen im Blick hat.

Liechtenstein braucht nicht nur eine Stimme, die für Fortschritt steht, sondern auch eine, die drängende Themen wie bezahlbaren Wohnraum, gleiche Bildungschancen und soziale Sicherheit auf die Agenda setzt. Denn was wir jetzt unterlassen, wird uns in Zukunft teuer zu stehen kommen – sei es durch zunehmende soziale Spannungen oder unumkehrbare Umweltzerstörung. Es ist Zeit für eine Politik des Wollens und nicht des Nicht-Wollens.

Patrick Risch
Landtagskandidat Unterland



Patrick ist mit der Politik in Liechtenstein bestens vertraut: Von 2011 bis 2023 war er Gemeinderat. Seit 2013 hält er ein Landtagsmandat inne. Er hat hautnah miterlebt, wo grosse Versprechen nur zögerlich umgesetzt wurden. Ohne Initiative der Freien Liste wären wichtige Themen, wie das Partnerschaftsgesetz oder die Ehe für alle, wohl noch heute hängig.

Landwirtschaft und Ernährung: Ein entscheidendes Tandem

Sandra Fausch

Landtagskandidatin Unterland

Die Klimakrise ist längst keine abstrakte Bedrohung mehr. Sie betrifft uns alle, in jeder Hinsicht. Doch während viele die Dringlichkeit von Massnahmen im Bereich Energie und Mobilität auf politischer Ebene diskutieren, bleibt eine zentrale Lösung immer noch zu wenig beachtet: die Schnittstelle zwischen Landwirtschaft und Ernährung. Diese beiden Bereiche sind untrennbar miteinander verbunden – und der Schlüssel, um sowohl die Folgen der Klimakrise abzufedern als auch eine nachhaltige Zukunft zu gestalten.

Der Weltklimarat verweist darauf, dass 22 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und sonstiger Landnutzung kommen. Für tierische Lebensmittel werden über 80 Prozent der Landwirtschaftsflächen benötigt und sie sind für 60 Prozent der Emissionen im Ernährungssystem verantwortlich. Dieser Anteil wäre noch höher, wenn die Ernährung und die vor- und nachgelagerten Bereiche (bspw. Lebensmitteltransport, -industrie und -handel) mitberücksichtigt wären. In Liechtenstein lagen die Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft im Jahr 2022 bei 10,8 Prozent. Die Produktion tierischer Lebensmittel ist hierzulande sehr ausgeprägt, wodurch das Klima überproportional belastet wird.

Die Planetary Health Diet: Mehr als nur eine Menüvorgabe

Die Planetary Health Diet wird oft missverstanden. Sie ist keine Sammlung von Menüempfehlungen oder Diätvorgaben für die:den Einzelne:n. Vielmehr handelt es sich um ein Konzept, das als Leitfaden für die Ausrichtung der globalen Landwirtschafts- und Ernährungspolitik dienen soll. Erstellt wurde es von der EAT-Lancet-Kommission – ein Zusammenschluss aus global renommierten Wissenschaftler:innen. Es geht um eine Ernährung, die sowohl die Gesundheit des Menschen als auch die unseres Planeten fördert. Dies erfordert eine Anpassung der Landwirtschaft und Ernährung dahingehend, dass die planetaren Grenzen nicht überschritten werden, und vermehrt auf pflanzliche Lebensmittel beispielsweise in Form von Gemüse und Hülsenfrüchten gesetzt wird. Eine solche Umstellung ist jedoch keine einfache Aufgabe. Sie verlangt politische Weitsicht und ein tiefgreifendes Verständnis für die Zusammenhänge zwischen Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Klimawandel. Und genau hier sollten wir auch in Liechtenstein ansetzen, aktuell sind der notwendige Mut und die geforderte Weitsicht leider noch zu wenig spürbar.

Verantwortungsbewusste Ernährung an öffentlichen Kantinen: Ein erster Schritt

Die Freie Liste hat im April 2022 ein Postulat eingereicht, das die Überprüfung der Stärkung einer verantwortungsvollen Ernährung an Kantinen der öffentlichen Hand

forderte. Weiters sollte von der Regierung dargelegt werden, welches Potential eine sukzessive und konsequente Umstellung in den wesentlichen UN-Nachhaltigkeitszielen kein Hunger, Gesundheit und Wohlergehen, verantwortungsvoller Konsum und Produktion, Massnahmen zum Klimaschutz, sowie Leben an Land ausgeschöpft werden kann. Das Potential sollte anhand der ganzheitlichen, dreidimensionalen Nachhaltigkeit erläutert werden. Das Anliegen wurde ernst genommen und vom Landtag überwiesen. Die Regierung lieferte eine umfassende Postulatsbeantwortung, die als Grundlage für die später von der Freien Liste initiierte Anpassung der Eigentümer- und Beteiligungsstrategien öffentlicher Institutionen und Betriebe diente. Das Ziel: ein nachhaltigeres, klimafreundlicheres Ernährungssystem in öffentlichen Einrichtungen. Die Postulatsbeantwortung stellt einen wichtigen Schritt hin zu einer Ernährungspolitik dar, die Verantwortung übernimmt. Die Regierung kommt darin ebenfalls zum Schluss, dass eine verantwortungsvolle Ernährung neben Verkehr und Energieversorgung den wirksamsten Hebel darstellt, um die UN-Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Und sie stellt weiter zutreffend fest, dass eine Ernährung nur dann als verantwortungsvoll gelten kann, wenn alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit, also Ökologie, Ökonomie und Soziales, miteinbezogen werden. Doch wie so oft in politischen Diskussionen gibt es Widerstand, sobald es konkret wird. Besonders aus den Reihen der Grossparteien gab es empörte Stimmen, die in der Anpassung der Eigener- und Beteiligungsstrategien der Kantinen von LLB, LLS, LAK und der Universität Liechtenstein eine Bevormundung befürchteten und das Ganze als ideologische Übertreibung abtaten.

Der Widerstand: Missverständnis oder bewusstes Ignorieren?

Es ist ein typisches Szenario: Anstatt die tiefgreifenden Veränderungen zu verstehen, die notwendig sind, um die Klimakrise zu bewältigen, wird das Thema Ernährung als nebensächlich abgetan. Die Kritik, dass solche Anpassungen auf eine «Ernährungsdiktatur» hinauslaufen, verkennt die Realität der Situation. Es geht über die Menügestaltung hinaus – es geht um komplexe Prozesse, die die Reduktion von Food Waste, die Vermeidung unnötiger Transportwege und die Förderung von lokalen, saisonalen

Produkten miteinschliessen. All diese Faktoren sind neben der Reduktion tierischer Lebensmittel entscheidend, wenn wir die Klimaziele und die UN-Nachhaltigkeitsziele erreichen wollen. Die Anpassung der Ernährungspolitik in öffentlichen Kantinen – ja überhaupt in der Gemeinschaftsverpflegung – ist ein kleiner, aber bedeutender Schritt. Ein Schritt, der klar macht: Wir können nicht länger wegsehen, wenn es darum geht, was wir essen und wie wir unsere Ressourcen nutzen. Die Verantwortung liegt nicht nur beim Individuum, sondern auch bei den Institutionen und der Politik.

Gemeinsam die Ernährungspolitik der Zukunft schaffen

Trotz der teils negativen Reaktionen im Landtag hat die Diskussion einen erreicht: Die Thematik ist ins Bewusstsein gerückt. Auch wenn andere Länder in Bezug auf nachhaltige Ernährungspolitik weiter sind, ist der politische Diskurs in Liechtenstein dank der Freien Liste angestossen. Die Herausforderungen sind komplex, die Möglichkeiten aber ebenso umfassend. Die Sensibilisierung ist der erste Schritt, an der Umsetzung bleiben wir entschieden dran.

Der Diskurs über eine nachhaltigere Ernährungspolitik muss weitergeführt werden. Es ist an der Zeit, dass wir als Gesellschaft den Hebel, den Landwirtschaft und Ernährung bieten, erkennen und nutzen. Er bietet enorme Potenziale, nicht nur hinsichtlich des Klimawandels, sondern auch in Bezug auf Marktchancen. Diese Potenziale können aber nur dann ausgeschöpft werden, wenn wir bereit sind, grundlegende Veränderungen in unserem Denken und Handeln vorzunehmen.

Sandra Fausch
Landtagskandidatin Unterland



Sandra ist stellvertretende Landtagsabgeordnete und Co-Geschäftsführerin des Vereins Ackerschaft. Mit Herz, Fleiss und Weitsicht beackert sie das Zusammenspiel von Landwirtschaft und Ernährung beruflich und politisch – für das Wohlergehen von Mensch und Umwelt.

Raus aus dem verkehrspolitischen Mittelalter!

Valentin Ritter

Landtagskandidat Unterland

Kaum ein Thema lädt so sehr zu endlosen Diskussionen ein, wie das Verkehrsproblem. Das macht es unseren Regierungsparteien besonders einfach, sich aus ihrer Verantwortung zu lösen. Es gibt unzählige Strategiepapiere, Konzepte, Berichte, Foren und so weiter – doch sichtbare Fortschritte bleiben aus. Die Folgen der praktisch inexistenten Raumplanung der letzten Jahrzehnte werden immer deutlicher, während VU und FBP den wachsenden Herausforderungen im Schneckentempo begegnen.

Mit Alibi-Übungen wie dem «Lego-Mobilitäts-Hackathon» erreichte das dürftige Engagement dieser Legislatur wohl seinen traurigen Höhepunkt. Die Bevölkerung staunt Bauklötze, während die Regierung mit ihnen spielt.

Auf der anderen Seite dieser stillstehenden Verkehrspolitik befinden sich Opportunisten, die meinen, mit genügend Kubikmeter Beton, Stahl und Teer liesse sich das Problem auch lösen. Stichwort «Tunnelprojekt». Wer behauptet, eine Lösung gefunden zu haben, mit der jede Interessengruppe überglücklich sein würde, ist nicht auf dem Boden der Tatsachen angekommen und ignoriert die tatsächlichen Herausforderungen. Mit Vorschlägen, die uns das Blaue vom Himmel versprechen, sollte sich ernsthafte Politik nicht beschäftigen. Die Aussage eines Landtagsabgeordneten: «Ich will einfach schnellere und billigere Mobilität» zeigt die simple Anspruchshaltung von ausgerechnet denjenigen Personen, die das Problem eigentlich lösen sollten.

Wer Strassen sät, erntet Verkehr

Das Verkehrsaufkommen wächst mit dem Angebot. Das gilt für den öffentlichen Verkehr, den Radverkehr und auch für den Autoverkehr. Nicht eine Untersuchung bestätigt die Annahme, dass ein Ausbau von Strassen zu weniger Verkehr führt. Dennoch investieren Regierung und Gemeinden weiterhin vor allem in die Autoinfrastruktur, anstatt den Fokus auf raum- und zukunftsverträgliche Alternativen zu setzen. In den kommenden Jahren wird etwa zwischen Vaduz und Triesen für ganze 13 Millionen Franken eine neue Strasse gebaut. Von dem neuen Industriezubringer wird eine Entlastung versprochen, die er unmöglich erbringen kann. Allein während der Bauzeit wird der Verkehr um so viel zugenommen haben, dass jegliche erhoffte Entlastung verpufft. Dass der Verkehr zunimmt, ist angesichts der wachsenden Anzahl Arbeitsplätze nicht zu verhindern. Wir haben es aber in der Hand, sowohl unseren Einwohner:innen als auch den Pendler:innen echte Alternativen zum Autoverkehr

zu bieten. Gerade vor dem Hintergrund der steigenden Zahl von Arbeitsplätzen im Land wird immer deutlicher, dass wir auf nachhaltige Alternativen setzen müssen. Wir müssen den begrenzten Raum, der uns zur Verfügung steht, endlich besser nutzen.

Blockaden bei den Grossparteien

Die Grosse Koalition steht dem leider Jahr für Jahr im Weg. Denn sowohl die FBP als auch die VU leidet unter derselben Blockade. Die wenigen engagierten Parlamentarier:innen und Mitglieder, die sich für eine Mobilitätswende einsetzen, werden aus den eigenen Reihen und vom eigenen Führungspersonal zurechtgewiesen. Alles, was bloss in die Richtung von ÖV- und Radnetzausbau geht, wird mit diktatorischen Massnahmen verglichen. Das Wort «ÖV-Priorisierung» wird sofort mit einer Verbotskultur in Verbindung gebracht. Diese bewusste Verzerrung der Diskussion beherrscht die Regierungsparteien und verunmöglicht echten Fortschritt in der Verkehrspolitik.

Baut Radwege, für die man nicht mutig sein muss

Wir brauchen dringend ein durchgehendes Radwegnetz mit direkten und sicheren Routen für den Berufs- und Freizeitverkehr. Allein das Konzept wird seit Jahren versprochen; noch immer liegt kein vollständiges vor. Die ansonsten so Planverliebte Regierung kann noch nicht einmal auf dem Papier ein lückenloses Radroutennetz vorweisen. Und vom Bau neuer Radwege oder der Festlegung bestehender Strassen als Fahrradstrassen sind wir, wenn es in diesem Tempo weitergeht, noch Jahre entfernt.

Zahlreiche Städte und Agglomerationen leben uns vor, dass Radfahren neben dem öffentlichen Verkehr eine echte Alternative zum Autofahren sein kann, wenn der politische Wille da ist. Um zu verhindern, dass unsere Strassen weiter verstopfen und dabei Menschen und Umwelt belasten, braucht es vor allem eines: direkte und sichere Radwege. Auch wenn bei allen Parteien mindestens teilweise Zustimmung zum Radwegausbau besteht, werden die Aspekte Direktheit und Sicherheit oft immer noch vergessen. Ein Radweg ist direkt, wenn er ohne Zick-Zack-Kurse auf möglichst kurzem Weg von A nach B führt. Nicht direkt ist er, wenn man vom Arbeits- oder Wohnort erstmal einen zwei Kilometer langen Umweg in Richtung Rheindamm- oder Rietstrasse fahren muss, um auf einen geeigneten Radweg zu gelangen. Direkte Radwege sind in unmittelbarer Nähe der Hauptverkehrsachsen von Wohn- und vor allem Arbeitsplätzen. Sicher sind sie, wenn die Fahrbahn nicht mit dem Auto- oder Fussverkehr geteilt werden muss. Das Radfahren auf dem Trottoir oder auf der daneben liegenden Hauptstrasse ist für alle Beteiligten enorm unattraktiv. Mit einer solchen Verkehrsführung sind wir jedoch gerade an den kritischen Strecken wie etwa zwischen Eschen und Bendern sowie Schaan und Vaduz konfrontiert.

Stillstand durchbrechen, Mobilität schaffen

Der Mobilitätssektor ist für 30 Prozent der inländischen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Wir haben uns dazu verpflichtet, bis in fünf Jahren die Emissionen in diesem Bereich um 50 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Von diesem Ziel sind wir noch weit entfernt, aber es ist nicht unerreichbar.

Aus weiteren vier Jahren leerer Versprechen und Stillstand sollten wir endlich lernen. Die Verkehrspolitik von VU und FBP ist zu engstirnig und bringt uns nicht weiter. So gross sind die Unstimmigkeiten, so laut die Rufe nach «Verbotkultur» und «Diktatur», sobald jemand das Wort ÖV-Bevorzugung bloss in den Mund nimmt. Selbst die vorsichtigsten Vorschläge der Regierungschef-Kandidatin der VU werden aus den eigenen Reihen verteufelt. Schon jetzt ist klar: diesen Stimmen wird die neue Regierung nachgegeben. Nirgends ist das Motto «Ob schwarz, ob rot – Stillstand droht» passender als in der Verkehrspolitik. Umso wichtiger ist uns, als starke Opposition für den zukunftsfähigen Weg einzustehen. Wir müssen raus aus dem verkehrspolitischen Mittelalter.

Valentin Ritter
Landtagskandidat Unterland



Valentin setzt sich schon seine ganze Jugend politisch ein, seit 2023 ist er Vorstandsmitglied der Freien Liste. Seither hat er gelernt: Politisches Engagement von jungen Menschen ist nur erwünscht, solange es nicht ungemütlich wird. Das hält ihn aber nicht davon ab, für faire Löhne, konsequenten Klimaschutz und ein zukunftsfähige Raumplanung einzustehen.

Wir fordern

Eine zukunftsfähige Raumplanung durch effiziente Nutzung der bestehenden Flächen und Strassen, anstatt weiterhin Grünflächen zu versiegeln.

Bevorzugung und Ausbau des öffentlichen Verkehrs mit besserem Taktfahrplan, einheitlichen Tarifen, weiteren Expresslinien, Busspuren und ÖV-Priorisierung an Verkehrsknotenpunkten.

Infrastrukturausbau für Fuss- und Fahrradverkehr, Schliessung der Lücken im Radwegnetz, Radschnellwege für Berufsverkehr und Fahrradstrassen in Quartieren.

Konsequentes betriebliches Mobilitätsmanagement in allen öffentlichen Unternehmen und Parkplatzbewirtschaftung im öffentlichen Raum.

Verursachergerechte MFZ-Steuer durch Berücksichtigung von Emissionen, Gewicht, Grösse und Energieeffizienz.

Förderung von Mobility-sharing-Angeboten und Infrastruktur für E-Mobilität.

Jede Stimme zählt!

Nur mit einem unveränderten Stimmzettel geben Sie der Freien Liste Ihre volle Stimmkraft. Denn leere Zeilen zählen mit und werden ebenfalls der Freien Liste zugeschrieben. Diese wichtigen Stimmen gehen verloren, wenn die leeren Zeilen mit Kandidat:innen von anderen Parteien gefüllt werden. **Wenn Sie die Freie Liste also optimal unterstützen möchten, verzichten Sie auf das Überschreiben der leeren Linien mit Kandidierenden der anderen Parteien und geben den Freie-Liste-Stimmzettel unverändert ab.**



Volle Stimmkraft

Wenn Sie einen Stimmzettel der Freien Liste unverändert in die Wahlurne werfen, geben Sie der Freien Liste die volle Stimmkraft. Jede:r Kandidat:in und die Freie Liste werden damit voll unterstützt.



Volle Stimmkraft

Wenn Sie einen oder mehrere Namen auf dem Stimmzettel der Freien Liste streichen, schwächen Sie zwar diese:n Kandidat:in, geben aber der Freien Liste trotzdem die volle Stimmkraft.



Stimmverlust

Wenn Sie eine:n gestrichene:n Kandidat:in auf dem Stimmzettel der Freien Liste mit eine:r Kandidat:in einer anderen Partei ersetzen, verlieren die gestrichene Person und die Freie Liste eine Stimme.



Mehr Informationen zu den Kandidat:innen und darüber, wofür sie sich einsetzen werden, finden Sie unter www.waehlt-fl.li